

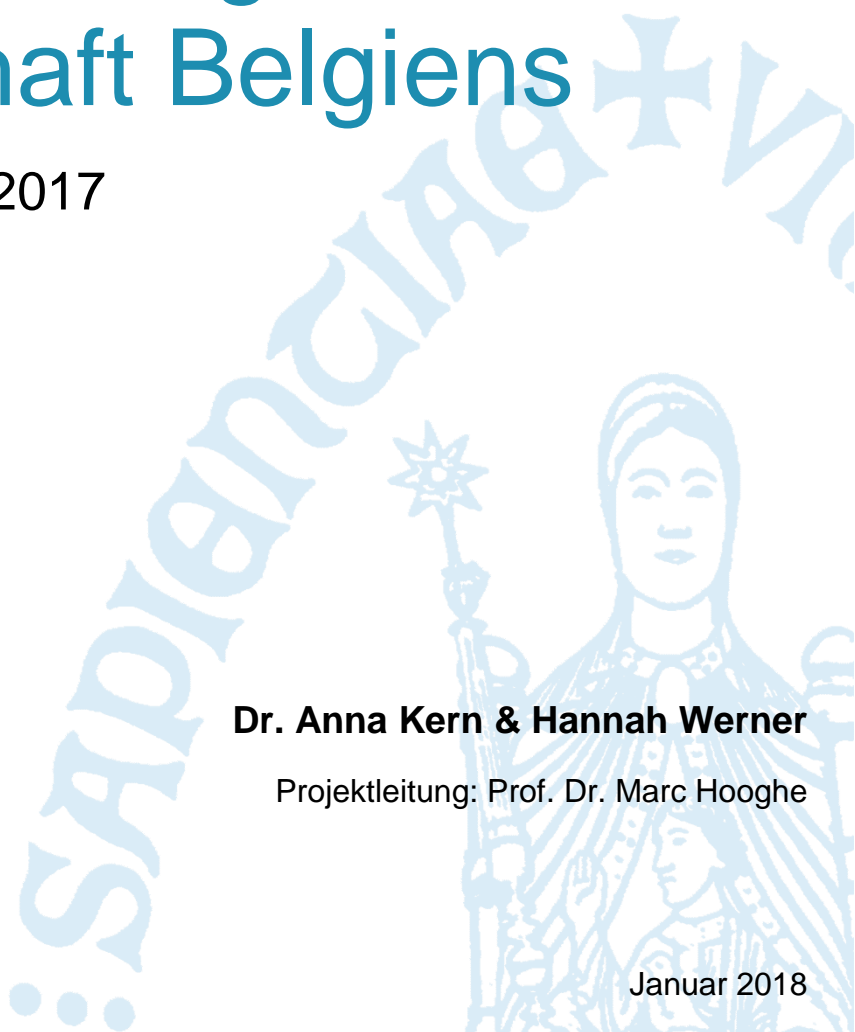
# Der Bürgerdialog im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens

September / Oktober 2017

**Dr. Anna Kern & Hannah Werner**

Projektleitung: Prof. Dr. Marc Hooghe

Januar 2018



Wettelijk depot: D/2018/2785/1

© KU Leuven, Centrum voor Politicologie, Parkstraat, 45, B-3000 Leuven

## Kurzzusammenfassung

Der Bürgerdialog Kinderbetreuung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Sept – Okt 2017) wurde auf der Basis von standardisierten Befragungen, qualitativen Interviews und Prozessbeobachtungen evaluiert. Das Hauptergebnis der Untersuchung ist, dass der Bürgerdialog sowohl aus der Perspektive der Bürger als auch unserer Perspektive sehr positiv verlaufen ist. Die Wahl des Modells der Konsensuskonferenz sowie dessen erfolgreiche Durchführung führte zu einem inklusiven und offenen Bürgerdialog, mit dessen Ablauf und Ergebnis die teilnehmenden Bürger sehr zufrieden waren.

Im folgenden Bericht werden wir unsere Evaluationsmethodik und deren Ergebnisse ausführlich wiedergeben sowie Empfehlungen formulieren. Diese Empfehlungen beziehen sich vor allem auf eine Optimierung des Rekrutierungsverfahrens um eine heterogenere Teilnehmergruppe zu erreichen. Zudem empfehlen wir ein verstärktes Engagement in Bezug auf die Öffentlichkeitswirksamkeit des Prozesses. Letztlich führen wir noch praktische Empfehlungen zur zeitlichen Einteilung sowie den Räumlichkeiten an.

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung und Ablauf des Bürgerdialogs .....</b>	<b>4</b>
<b>2</b>	<b>Evaluationsmethodik .....</b>	<b>5</b>
<b>3</b>	<b>Profil der Teilnehmer .....</b>	<b>6</b>
<b>4</b>	<b>Bewertung des Dialogs durch die Teilnehmer .....</b>	<b>7</b>
<b>5</b>	<b>Stärken und Schwächen des Bürgerdialogs aus der Sicht der Teilnehmer .....</b>	<b>9</b>
	5.1 <i>Stärken</i> .....	9
	5.2 <i>Schwächen</i> .....	9
<b>6</b>	<b>Auswirkungen des Dialogs auf die Teilnehmer .....</b>	<b>13</b>
	6.1 <i>Einstellungen und Haltungen im Zusammenhang mit der Unterstützung des politischen Systems</i> .....	14
	6.2 <i>Persönliche Einstellungen sowie die Einschätzung der Sachkenntnis</i> .....	14
	6.3 <i>Lerneffekte aus Sicht der Bürger</i> .....	15
<b>7</b>	<b>Limitationen der Methodik .....</b>	<b>15</b>
<b>8</b>	<b>Empfehlungen und Schlussfolgerungen .....</b>	<b>16</b>
	8.1 <i>Rekrutierung</i> .....	18
	8.2 <i>Öffentlichkeitswahrnehmung</i> .....	19
	8.3 <i>Bereitstellung von Informationen</i> .....	19
	8.4 <i>Räumlichkeiten</i> .....	20
	8.5 <i>Zeitliche Einteilung</i> .....	20
	8.6 <i>Schlusswort</i> .....	20
	<b>Literatur .....</b>	<b>22</b>

# 1 Einleitung und Ablauf des Bürgerdialogs

Der Bürgerdialog zum Thema Kinderbetreuung wurde vom Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens in einem überparteilichen Konsens initiiert und fand im September und Oktober 2017 statt. Das Parlament rief den Bürgerdialog ins Leben um einerseits die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern<sup>1</sup> durch diesen Prozess zu stärken und andererseits um durch den Bürgerdialog neue Anregungen und Perspektiven kennen zu lernen, die es ermöglichen im Bereich der Kinderbetreuung zielgenauere Entscheidungen zu treffen. Ziel des Bürgerdialogs war es eine Bürgeragenda mit Vorschlägen zu formulieren, die neue Impulse für die Abgeordneten liefern kann. Besonders wichtig für den Prozess war es, dass sich Bürger und Abgeordnete auf Augenhöhe begegnen und dass Bürger durch ihre Teilhabe am Entscheidungsprozess Einblicke in die komplexen Prozesse der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung erhalten. Alle politischen Beteiligten haben sich im Vorhinein verpflichtet die Ergebnisse des Dialogs in ihren Entscheidungsprozessen einzubinden und die Bürger über den weiteren Verlauf zu informieren.

Die Teilnehmer wurden nach dem Zufallsprinzip ausgewählt und von der Universität Bamberg zwischen Juli und September 2017 telefonisch kontaktiert. Ziel dieser Rekrutierung war es, eine möglichst heterogene Bürgerversammlung zusammen zu stellen.

Die erste Bürgerwerkstatt mit 26 Bürgern fand am 16. September 2017 statt. Die Bürger wurden an diesem ersten Samstag dazu animiert, sich mit dem Thema näher zu befassen, eine Vision der Kinderbetreuung für die Zukunft (2025) zu entwickeln und Stärken und Schwächen des bestehenden Betreuungsangebots zu identifizieren. Darüber hinaus wurden erste Fragen erarbeitet und Experten ausgewählt, welchen diese Fragen in der zweiten Bürgerwerkstatt gestellt wurden.

Nach der Expertenbefragung während der zweiten Bürgerwerkstatt begannen die Bürger mit der Ausarbeitung der Bürgeragenda. Zu dieser Bürgerwerkstatt, welche am 30. September 2017 stattfand, waren 20 der ursprünglich 26 Teilnehmer erschienen. Die Bürger erarbeiteten eine Agenda mit vier Kapiteln: 1) Wohl des Kindes, 2) Kinderbetreuungsoptionen, 3) Organisation der Kinderbetreuung und 4) Finanzierung und Förderung. Die Ausformulierung der Kapitel fand nach Abschluss der Werkstatt in Eigenregie der Gruppen und mit Unterstützung der Moderatorin statt.

Das Ergebnis des Bürgerdialogs, die Bürgeragenda, wurde am 14. Oktober 2017 in einer Bürgerkonferenz den Politikern vorgestellt und mit ihnen diskutiert. Zunächst trafen sich die 22 anwesenden Bürger morgens noch unter Ausschluss der Öffentlichkeit um die Agenda zu finalisieren und die Vorgehensweise für den Nachmittag zu besprechen. Zum Mittagessen stießen dann die Abgeordneten und Regierungsmitglieder hinzu. Anschließend wurde die Bürgeragenda vorgestellt und in Kleingruppen, bestehend aus Bürgern und Politikern, diskutiert.

Das Zentrum für Politikwissenschaften der KU Leuven unter Leitung von Professor Marc Hooghe wurde im Juli 2017 von „WifO - Wissenschaft für Ostbelgien“ kontaktiert mit der Frage, den Bürgerdialog wissenschaftlich zu begleiten und zu evaluieren. Wir haben uns hierfür bereit erklärt und legen in diesem Abschlussbericht unsere Befunde vor. Im folgenden Kapitel werden wir zunächst unsere Evaluationsmethodik erläutern, bevor wir in den anschließenden Kapiteln auf

---

<sup>1</sup> Im Folgenden wird bei Bezeichnungen wie Bürger, Teilnehmer und Politiker stets auch die weibliche Form gemeint sein.

die Ergebnisse eingehen. Der Bericht endet mit unseren Verbesserungsvorschlägen und Schlussfolgerungen.

## 2 Evaluationsmethodik

Unser Evaluationsansatz fokussiert sich vor allem auf die Perspektive der Bürger selbst und weniger auf theoretische Gesichtspunkte. Schließlich handelt es sich bei Partizipationsprojekten wie dem vorliegenden Bürgerdialog um Verfahren, die dazu dienen, Bürgern eine Stimme zu verleihen und dem oft geäußerten Wunsch nach mehr Beteiligungsmöglichkeiten nachzukommen. Dementsprechend halten wir auch die Bewertung des Dialogs von Seiten der teilnehmenden Bürger als essentiell für die Gesamtevaluation und die eventuelle Weiterentwicklung des Modells. Damit folgen wir einem präsenten Aufruf innerhalb der wissenschaftlichen Debatte, Bürger auch in der Evaluation von Beteiligungsprozessen ernst zu nehmen (Dalton, Burklin, & Drummond, 2001). Wir beurteilen den Prozess also vor allem auf Grundlage der Erfahrungen und Bewertungen der Teilnehmer selbst. Diese Erfahrungen und Bewertungen haben wir versucht durch dreierlei Verfahren zu erfassen.

Als erste Datengrundlage dienen die Feldnotizen aus der teilnehmenden, nicht standardisierten Beobachtung unsererseits. Wir haben hierzu allen Prozessterminen beigewohnt und unsere Beobachtungen protokolliert.

Darüber hinaus haben wir eine quantitative Erhebung auf Grundlage standardisierter Fragebögen mit offenen Fragen durchgeführt. Die Fragebögen wurden während des Prozesses zwei Mal beantwortet. Der erste Fragebogen wurde während der ersten Bürgerwerkstatt ganz zu Beginn des Dialogs ausgeteilt und ausgefüllt. Hier konnten wir Daten aller 26 Teilnehmer erheben. Das Ausfüllen des Fragebogens dauerte ungefähr 10 bis 15 Minuten und wir konnten auf Fragen und Unklarheiten direkt eingehen. Der zweite Fragebogen wurde zusammen mit einem Anschreiben sowie einem bereits frankierten Rücksendeumschlag am Ende der Bürgerkonferenz ausgeteilt. Die Teilnehmer wurden darum gebeten den Fragebogen zu Hause in Ruhe auszufüllen und an uns zurück zu senden. Dieser Aufforderung folgten 18 Teilnehmer. In diesem zweiten Fragebogen fragten wir unter anderem dieselben Einstellungen ab, die wir bereits im ersten Fragebogen erhoben hatten. Dies ermöglicht es uns, festzustellen, ob sich bestimmte Haltungen und Einstellungen während des Prozesses verändert haben. Bei den meisten Fragen in den beiden Fragebögen handelt es sich um Fragen, die bereits in anderen (international anerkannten) Befragungen getestet und als gültig befunden wurden. Dies ermöglicht nicht nur die Erhebung wissenschaftlich anerkannter Konzepte sondern auch die Vergleichbarkeit dieser Befragung mit anderen Studien. Allerdings können durch ca. 10 minütige, standardisierte Fragebögen viele Details in der Beurteilung und vor allem auch deren Gründe nur teilweise erfassen. Daher kombinieren wir diese Methode mit einer zusätzlichen qualitativen Befragung.

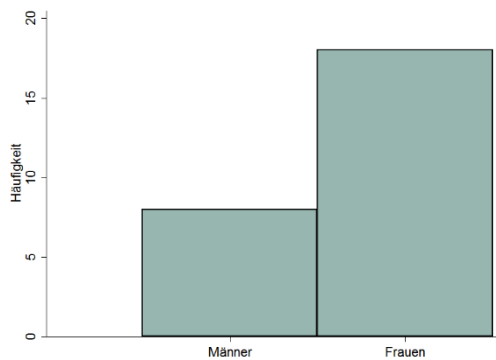
Die qualitative Befragung mittels halb-standardisierter Leitfaden-Interviews stellt also eine dritte Datengrundlage dar. Von den 22 Teilnehmern die an der Bürgerkonferenz teilnahmen, konnten wir 15 auf diese Art und Weise befragen. Mit den meisten haben wir bereits bei der Bürgerkonferenz Termine vereinbart, an denen wir die Bürger individuell bei sich zu Hause besuchten und interviewten. Die meisten Interviews fanden am 24. und 25. Oktober statt – also ungefähr eineinhalb Wochen nach der Bürgerkonferenz. Wir können folglich davon ausgehen, dass die Geschehnisse noch gut im Gedächtnis der Teilnehmer abrufbar waren. Die Länge der Interviews variiert von Teilnehmer zu Teilnehmer stark zwischen 25 und 90 Minuten. Ausgewertet wurden die Interviews mittels eines Kodierschemas.

Ogleich es bei der qualitativen Datenerhebung um den Inhalt der Aussagen selbst geht und nicht darum, wie viele Teilnehmer eine bestimmte Aussage trafen, haben wir uns dazu entschlossen, keine Einzelmeinungen widerzugeben. Die Aussagen und Bemerkungen in den kommenden Kapiteln wurden entsprechend (wenn nicht anders angegeben) durch mehr als eine Person geäußert. Für die quantitativen Ergebnisse geben wir mit „N“ jeweils die Anzahl der Teilnehmer an, die die entsprechende Frage beantworteten.

### 3 Profil der Teilnehmer

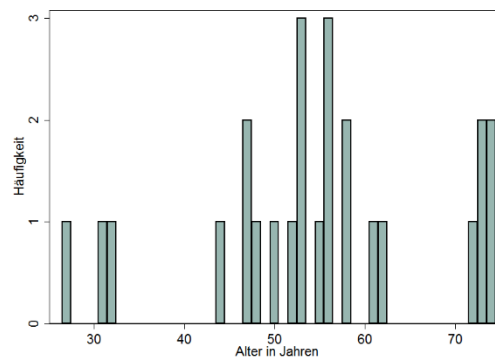
Bei der ersten Bürgerwerkstatt am 16. September 2017 waren 18 Frauen und 8 Männer anwesend (siehe Abbildung 1). Das Alter der Teilnehmer reichte von 27 bis 74 Jahren. Das durchschnittliche Alter betrug ca. 55 Jahre (N=25). Die Altersverteilung wird auch in Abbildung 2 wiedergegeben. Sie zeigt, dass viele Teilnehmer mittleren Alters nämlich zwischen 50 und 60 Jahre alt sind.

**Abbildung 1. Geschlecht der Teilnehmer**



Bemerkung: N=26

**Abbildung 2. Altersverteilung der Teilnehmer**

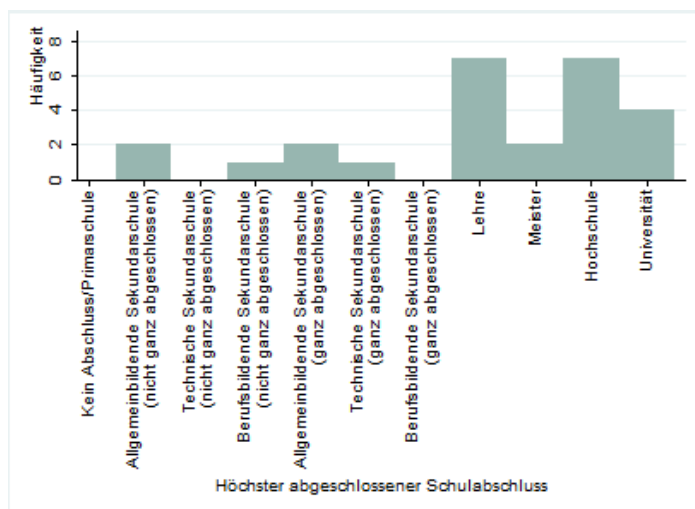


Bemerkung: N=25

Neun der 26 Teilnehmer haben mindestens ein minderjähriges Kind (dies entspricht ca. 35 Prozent). Zusätzlich konnten wir durch die Interviews bzw. die Gespräche mit den Teilnehmern in Erfahrung bringen, dass einige in die Betreuung ihrer minderjährigen Enkel eingebunden sind.

Wie Abbildung 3 zeigt, entstammen die Teilnehmer allen Bildungsschichten, in dieser Hinsicht ist es also gelungen eine heterogene Gruppe zusammen zu stellen.

**Abbildung 3. Bildungsabschluss der Teilnehmer**



Bemerkung: N=26

Was aus den Fragebögen ebenfalls deutlich wird ist, dass die Teilnehmer des Bürgerdialogs überdurchschnittlich politisch interessiert sind. Das durchschnittliche Interesse liegt auf einer Skala von 0 („ich interessiere mich überhaupt nicht für Politik“) bis 10 („ich interessiere mich sehr für Politik“) bei 6,8. Im Vergleich dazu zeigt die PartiRep Wahlstudie von 2014<sup>2</sup> mit derselben Fragestellung und denselben Antwortkategorien, dass das durchschnittliche Interesse der Flamen und Wallonen 2014 4,7 (N=2019) betrug. Diese Beobachtung ist selbstverständlich nicht verwunderlich, da Bürger, welche sich überhaupt nicht für gesellschaftliche und politische Themen interessieren, auch weniger bereit sind, an einem solchen Bürgerdialog teilzunehmen.

## 4 Bewertung des Dialogs durch die Teilnehmer

Im zweiten Fragebogen, der nach Abschluss des Bürgerdialogs von den Teilnehmern ausgefüllt wurde haben wir einige Fragen erhoben, die explizit zur Bewertung des Bürgerdialogs und der Bürgeragenda herangezogen werden können. Wir haben gültige Antworten von 18 der 22 Teilnehmer erhalten, welche an der Bürgerkonferenz teilgenommen haben.

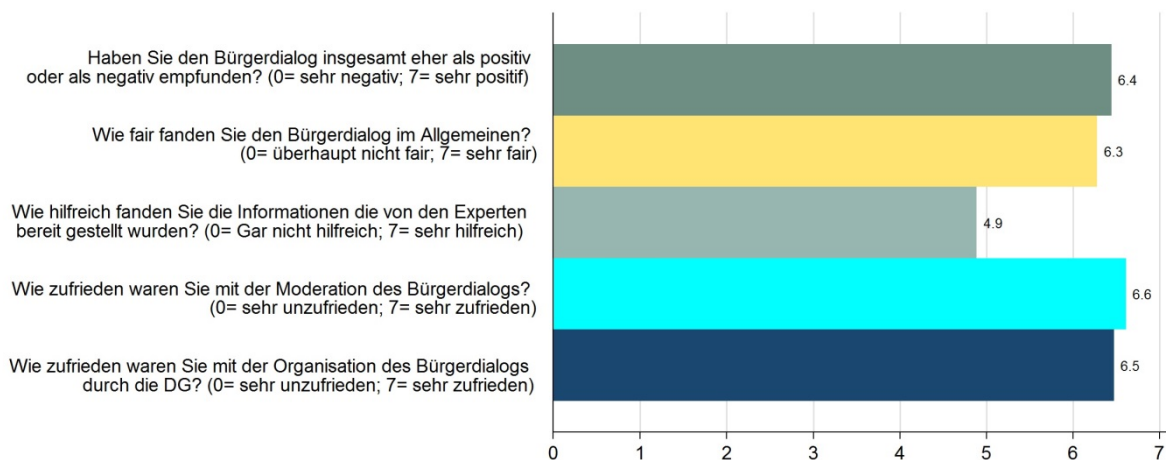
Die Teilnehmer hatten bei diesen Fragen jeweils die Möglichkeit ihre Bewertung auf einer Antwortskala von 0 bis 7 zu notieren, wobei den Antwortkategorien je nach Frage eine andere Bedeutung zukommt (0 kann beispielweise „überhaupt nicht fair“ aber auch „sehr unzufrieden“ bedeuten). Allerdings stehen höhere Werte bei allen Fragen für eine positivere Beurteilung.

Insgesamt fällt die Bewertung des Bürgerdialogs sehr positiv aus (siehe Abbildung 4). Die durchschnittliche Gesamtempfindung liegt beispielsweise bei 6,4 und mit einem Wert von 6,3 wurde der Dialog auch als fair empfunden. Besonders zufrieden waren die Bürger mit der Moderation des Dialogs (durchschnittliche Bewertung = 6,6) sowie mit der Organisation des Dialoges durch die DG (durchschnittliche Bewertung= 6,5).

<sup>2</sup> PARTIREP (2014). PartiRep Election Study 2014. Brussels: PARTIREP [dataset].

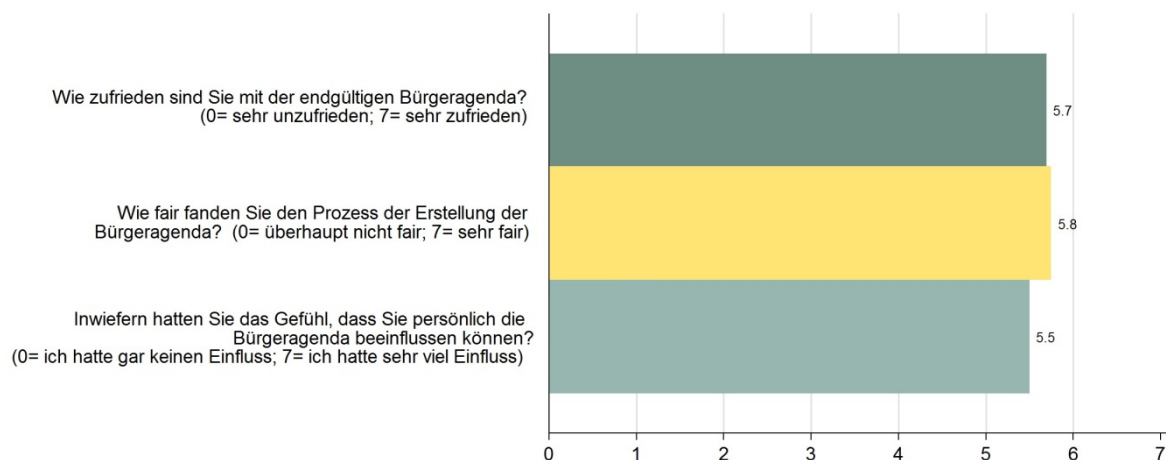
#### Abbildung 4. Bewertung des Dialogs

Bemerkung: N=18. Die Antwortskalen reichen von 0 bis 7, haben allerdings je nach Frage eine andere Bedeutung.



Etwas weniger gut wurden die Informationen beurteilt, die von den Experten bereitgestellt wurden (durchschnittliche Bewertung= 4,9). Aus den Interview wissen wir, dass das grundsätzliche Hinzuziehen der Experten zwar überwiegend geschätzt wurde, einige der Teilnehmer jedoch mit einzelnen Experten unzufrieden waren bzw. entweder bestimmte Experten vermisst haben (beispielsweise Gewerkschaftsvertreter) oder angaben, dass zu viele Experten anwesend waren (siehe hierzu auch Kapitel 5).

#### Abbildung 5. Bewertung der Bürgeragenda



Bemerkung: N=18. Die Antwortskalen reichen von 0 bis 7, haben allerdings je nach Frage eine andere Bedeutung.

Auch das Ergebnis des Bürgerdialogs, die Bürgeragenda, wurde durchschnittlich weitgehend positiv bewertet (siehe Abbildung 5). Die endgültige Version erhielt einen durchschnittlichen Zufriedenheitswert von 5,7 und der Prozess des Zustandekommens der Agenda wurde ebenfalls von den meisten Befragten als fair eingestuft (durchschnittliche Bewertung: 5,8). Darüber hinaus hatte ein Großteil der Befragten das Gefühl, viel bzw. sehr viel Einfluss auf die Agenda gehabt zu haben. So vergaben 15 der 18 Befragten die Noten 5, 6, oder 7. Die durchschnittliche Bewertung der Einflussnahme auf die Bürgeragenda beträgt 5,5.

Bei allen Kritikpunkten bzw. Verbesserungsvorschlägen in den kommenden Kapiteln gilt es also zu bedenken, dass der Bürgerdialog und dessen Ergebnis, die Bürgeragenda, von den meisten



Teilnehmern als äußerst positiv wahrgenommen wurden. Ganz grundsätzlich scheint der Prozess bei einem Großteil der beteiligten Bürger Anklang gefunden zu haben.

## **5 Stärken und Schwächen des Bürgerdialogs aus der Sicht der Teilnehmer**

Sowohl während der Befragung, die vor und nach dem Dialog stattfand als auch während der Interviews befragten wir die Teilnehmer zu den Stärken und Schwächen des Bürgerdialogs. Die Hauptergebnisse werden wir im Folgenden thematisch zusammenfassen. Erneut möchten wir betonen, dass keine Einzelmeinungen abgebildet werden.

### **5.1 Stärken**

#### *Moderation*

Von nahezu allen Teilnehmern wurde besonders die Moderation des Dialoges durch Natasha Walker lobend hervorgehoben. Die Teilnehmer empfanden Sie als professionell, freundlich und motivierend. Besonders gefiel den Teilnehmern ihre Fähigkeit, die Diskussion stets zurück auf den Kern der Debatte zu führen. Die Teilnehmer schätzten zudem die offene und produktive Gesprächsatmosphäre.

#### *Organisation*

Die Organisation durch Frau Pelzer und deren Team wurde auch von nahezu allen Teilnehmern als sehr gut bewertet. Vor allem, da es sich um den ersten Bürgerdialog handelte, waren die Teilnehmer vom reibungslosen Ablauf beeindruckt. Außerdem wurde die Flexibilität und die schnelle Reaktion auf die Wünsche der Teilnehmer bezüglich der Räumlichkeiten und der zeitlichen Einteilung lobend erwähnt.

#### *Stärken des Formats*

Insgesamt wurde das Format des Bürgerdialogs als sehr positiv empfunden. Kein Teilnehmer äußerte sich grundsätzlich negativ über das Modell und die Struktur. Besonders betont wurde die Freiheit, gemeinsam Themenvorschläge zu entwickeln in einer Atmosphäre der Offenheit und Wertschätzung. Ungefähr ein Drittel der Teilnehmer erwähnten zudem, stolz auf die entwickelte Bürgeragenda zu sein. Des Weiteren wurden der Einbezug von Experten und die Möglichkeit, diese selbst auszuwählen von nahezu allen Teilnehmern als Stärke des Dialogs empfunden. Nur zwei Teilnehmer dokumentierten, dass sie nicht finden, dass Experten einen Mehrwert hinzufügen. Ebenfalls als einen positiven Aspekt wurde das Zusammentreffen zwischen Bürgern und Politikern bei der Bürgerkonferenz beschrieben. Die Teilnehmer äußerten sich positiv über den Austausch mit Politikern und deren Wertschätzung für die Meinungen und Ideen der Bürger. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass vor allem das Gefühl, durch diesen Prozess eine Stimme zu bekommen und ernst genommen zu werden, als die Kernstärke des Prozesses empfunden wurde.

### **5.2 Schwächen**

Im Folgenden gehen wir auf die Schwächen ein, die die Teilnehmer sowohl während der Interviews als auch in den Fragebögen identifizierten. Einwendend soll an dieser Stelle aber

erwähnt sein, dass die meisten Teilnehmer das Gewicht dieser Kritik als eher geringfügig einschätzten.

### *Teilnehmerzusammensetzung*

Von nahezu allen Teilnehmern (ein Ausnahmefall) herrschte Einigkeit unter den Teilnehmern, dass die Gruppe insgesamt zu unausgeglichen war in Bezug auf das Alter der Teilnehmenden. Die meisten Teilnehmer äußerten den Wunsch nach der Anwesenheit von jüngeren Bürgern im Bürgerdialog. Dieser Wunsch wurde von jungen aber auch älteren Teilnehmern gleichermaßen geäußert. Prinzipiell führten die Teilnehmer zwei Gründe an, warum eine ausgeglichene Altersverteilung wichtig gewesen wäre. Erstens erhoffen sich die Teilnehmer dadurch eine allgemeinere Erweiterung der Perspektiven und den Einbezug diverserer Meinungen. Zweitens argumentieren die Teilnehmer mit der jeweiligen thematischen Betroffenheit. Vor allem beim Thema Kinderbetreuung sei es wichtig, junge Eltern und auch junge Menschen, die in der Zukunft potentiell Eltern werden könnten, miteinzubeziehen. Hier zeigen sich bereits die unterschiedlichen Interpretationen des Bürgerdialogs und dessen Zielgruppe, auf die in Kapitel 8.1 noch stärker eingegangen wird.

Abgesehen vom Alter merkten wenige Teilnehmer auch an, dass überproportional viele Deutsche anwesend waren, die zudem über wenig Wissen über das belgische Kinderbetreuungssystem verfügten. Letztlich merkten zwei Teilnehmer kritisch an, dass der Norden personell stärker vertreten war als der Süden.

### *Rekrutierung*

In direkter Verbindung zu der Kritik an der Teilnehmerzusammensetzung stehen Anmerkungen zur Rekrutierung der Bürger. Viele Teilnehmer bemängelten die Kontaktaufnahme via Festnetz als nicht besonders effektiv aus mehreren Gründen. Zunächst erreiche man über das Festnetztelefon nur eine spezielle Gruppe Menschen, die einen Festnetzanschluss haben (ab mittlerem Alter) sowie oft zuhause anzutreffen sind (Pensionierte und Nicht-Erwerbstätige). Zweitens, sei man auf solch einen Anruf nicht vorbereitet gewesen. Da in der deutschsprachigen Gemeinschaft vor allem das Telefon einen häufig genutzten Werbekanal darstellt, hielten viele Teilnehmer den Rekrutierungsanruf zunächst auch für Werbung. Zuletzt bemängelten wenige Teilnehmer, dass die Anrufer keine Kenntnis zur Thematik Kinderbetreuung in der DG hatten. Allerdings erwähnten auch einige Teilnehmer, dass die Anrufer sehr freundlich und auskunftsbereit waren und zwei Teilnehmer gaben explizit an, nur wegen des freundlichen Anrufs teilgenommen zu haben.

### *Zeitliche Einteilung*

Grundsätzlich empfanden die meisten Teilnehmer die Aufteilung in drei Termine mit zweiwöchiger Pause als sinnvoll und angenehm. Allerdings merkten ungefähr zwei Drittel der Teilnehmer an, dass das Programm an den drei Tagen sehr dicht war, wodurch mitunter Stress entstand, die gesetzten Ergebnisse zu erzielen. Das betraf sowohl die Möglichkeit, Sachverhalte ausgiebig zu diskutieren, als auch das Formulieren und Konstruieren von Ideen. Besondere zeitliche Engpässe entstanden laut vieler Teilnehmer vor der Befragung der Experten, da nicht hinreichend Zeit zur Verfügung war, um sich nach der zweiwöchigen Pause erneut in die Thematik und die erarbeiteten Fragen einzuarbeiten. Ein ähnlicher Zeitmangel wurde am Morgen vor der Bürgerkonferenz empfunden, da die Bürgeragenda noch nicht hinreichend diskutieren werden konnte, bevor die Abgeordneten und Regierungsmitglieder eintrafen.

Über das Gefühl von Zeitdruck und Stress hinaus wurde vor allem die zweite Bürgerwerkstatt von einigen wenigen Teilnehmern als zu lang und ermüdend wahrgenommen.

Daher wünschten sich ca. ein Drittel der Teilnehmer eine Entspannung des Programms durch beispielsweise einen weiteren Termin (eine dritte Bürgerwerkstatt). Dadurch erhoffen sie sich zum einen mehr Zeit um Ideen zu entwickeln und zu diskutieren. Zum anderen könnte dadurch die Bürgeragenda konkret formuliert und gemeinsam vertieft werden. Außerdem könnten die einzelnen Gruppen sich besser miteinander abstimmen. Allerdings waren sich die Teilnehmer auch bewusst, dass es schwierig sei, Bürger für einen weiteren Samstag zu gewinnen. Ein weiteres Drittel der Teilnehmer lehnte einen solchen vierten Termin ab mit der Begründung, dann eventuell nicht teilnehmen zu können wegen der Unvereinbarkeit mit der Familie, Freizeitgestaltung oder Pflegeverantwortung. Ein weiteres Drittel der Teilnehmer war in dieser Frage unentschieden. Prinzipiell lässt sich als Grundtenor zusammenfassen, dass die meisten in einem weiteren Termin durchaus einen Gewinn an Qualität des Dialoges sehen, allerdings befürchten, dass es eine höhere Belastung für die Teilnehmer darstellt die durchaus auch abschreckend wirken kann. Auf die explizite Frage, ob sie auch teilgenommen hätten, wenn man Ihnen am Telefon von vier Terminen erzählt hätte, antworten ca. zwei Drittel mit „ja“ (Diese Aussage ist allerdings mit Vorsicht zu interpretieren, da die meisten Bürger nach eigenen Angaben nach dem Dialog deutlich positiver gestimmt waren als im Moment des Anrufs). Zu unseren Empfehlungen diesbezüglich verweisen wir auf Kapitel 8.4.

Der am häufigsten genannte Wunsch zur Veränderung der zeitlichen Einteilung betrifft den Abstand zwischen der zweiten Bürgerwerkstatt und der Bürgerkonferenz. Da die Bürgeragenda letztlich von einzelnen Bürgern sowie der Moderatorin ausformuliert wurde, blieb wenig Zeit um diese zusammenzufassen und an die Bürger zu verteilen. So erhielten die Teilnehmer die Agenda erst wenige Tage vor der Bürgerkonferenz und hatten daher nach eigenen Angaben nicht hinreichend Zeit, sich vorzubereiten. Daher äußerte ca. die Hälfte aller Teilnehmer den Wunsch nach einer dreiwöchigen Pause zwischen beiden Terminen.

Schlussendlich bedauerten einige Teilnehmer, dass die Rekrutierung erst so spät einsetzte und sie gerne früher über den Bürgerdialog und die jeweiligen Termine informiert worden wären (Beispielsweise bereits im Juni oder Juli). Auch hier verweisen die Teilnehmer vor allem auf Schwierigkeiten in der Organisation von Familie, Freizeit und anderen Verpflichtungen. So gab zum Beispiel eine Teilnehmerin an, es sei „purer Zufall gewesen, dass ich tatsächlich freimachen konnte“.

### *Strukturierung*

Kommentare zur Strukturierung des Dialoges betrafen konkret 3 Unterkategorien die im Folgenden erläutert werden. Zunächst bemängelten manche Teilnehmer die Herausgabe des Masterplans vor dem Bürgerdialog als mindestens unglücklich. Viele Bürger erfuhren erst vor Ort bei der ersten Bürgerwerkstatt, dass bereits ein solcher Masterplan erarbeitet wurde. Dies löste Frustration aus, da das Gefühl entstand, die wichtigen Entscheidungen seien bereits getroffen und der Bürgerdialog sei „nichts als Show“. Während das durchaus zu Spannungen während der ersten Bürgerwerkstatt führte, blieb dies allerdings nur wenigen Teilnehmern stark im Gedächtnis bis zum Zeitpunkt des Interviews.

Zweitens äußerten einige Teilnehmer Anmerkungen zu der Strukturierung der Diskussion in den Kleingruppen. Diese wurden teilweise als schleppend und unorganisiert empfunden. Hier äußerten einige Teilnehmer den Wunsch nach Mini-Moderatoren für die Kleingruppen. Insbesondere die Gruppe, die sich mit dem Thema Kindeswohl auseinandersetzte wurde von

einigen Teilnehmern als zu groß empfunden um produktiv gemeinsam arbeiten zu können. Hier lautete der Wunsch, solche Gruppen erneut aufzuteilen und später zusammenzuführen.

Ein dritter Aspekt, den die Teilnehmer hervorhoben war die Art und Menge der zur Verfügung gestellten Information sowie deren zeitliche Verbreitung an die Teilnehmer. Viele Teilnehmer fanden es bisweilen unklar, was genau das Ziel und die Rahmenbedingungen des Bürgerdialoges sind. Dies betrifft vor allem Fragen der thematischen Abgrenzung sowie zur Verfügbarkeit von Budget. Des Weiteren war ein Großteil der Teilnehmer mit den rechtlichen Restriktionen, zum Beispiel in Bezug auf die Kompetenzverteilung zwischen den einzelnen Regierungsebenen nicht vertraut und hätten sich darüber Aufklärung gewünscht. Zudem bemängelten einige Teilnehmer, dass Informationen, wie beispielsweise der Masterplan oder die fertige Bürgeragenda erst sehr spät zur Verfügung gestellt wurden, was unter anderem an der postalischen Versendung liege. Ungefähr ein Drittel der Teilnehmer hätte sich zudem gerne bereits vor der ersten Bürgerwerkstatt über das Thema informiert und beispielsweise den Masterplan oder die von Frau Pelzer bereitgestellten Information gerne vorab erhalten.

#### *Räumlichkeiten*

Ungefähr die Hälfte der Teilnehmer empfand den Plenarsaal des Parlaments als ungeeignet für den Bürgerdialog. Das liege vor allem daran, dass der Raum zu groß sei und die Stühle sehr weit voneinander entfernt stünden. Zudem seien die nicht beweglichen Tische und Stühle nicht für aktive Diskussionen sowie das Arbeiten in Kleingruppen geeignet. Diese Teilnehmer hätten sich kleinere und interaktivere Räumlichkeiten gewünscht.

Zudem kritisierten einige wenige Teilnehmer, dass beide Bürgerwerkstätten im nördlichen Eupen stattfanden wodurch eine aufwändige Anfahrt für die Bürger aus dem Süden entstand. Diese wünschen sich, Ihnen in der Zukunft entgegenzukommen und einen der Termine beispielsweise in St. Vith durchzuführen.

#### *Kosten des Bürgerdialoges*

Abschließend brachten einige wenige Teilnehmer die Kosten des Dialoges zur Sprache. Sie berichteten, von Kosten zwischen 30 000 und 50 000 Euro gehört zu haben und empfanden diese Kosten als deutlich zu hoch. Dies betreffe vor allem die Durchführung künftiger Dialoge. Die Teilnehmer regten an, über mögliche Einsparungen nachzudenken und in der Zukunft umzusetzen.

#### *Rolle von Politikern im Prozess*

Insgesamt berichten nahezu alle Teilnehmer positiv über die Anwesenheit der Abgeordneten an der Bürgerkonferenz und schätzten den Austausch mit den Politikern über die erarbeiteten Themen und die Vorschläge der Bürgeragenda. Einige Teilnehmer hätten sich insbesondere für diesen Austausch in Kleingruppen allerdings mehr Zeit gewünscht und dafür beispielsweise die Ansprachen der Politiker zu Beginn verkürzt.

Unter den Teilnehmern herrschte zudem Uneinigkeit darüber, ob Politiker auch bei den anderen Terminen hinzugezogen werden sollten. Während ungefähr die Hälfte der Teilnehmer sehr zufrieden damit war, dass sich die Politik weitestgehend raushielt während der Bürgerwerkstätten, hätten sich einige Teilnehmer (ca. ein Drittel) einen stärkeren Einbezug der Politiker in den Prozess gewünscht. So nannten einige Bürger die Expertenbefragung als gute Gelegenheit, auch Politiker als Experten zu befragen. Vor allem in Bezug auf den kürzlich

verfassten Masterplan hätten die Teilnehmer gerne erfahren, welche Überlegungen für die beteiligten Parlamentarier wichtig waren. Dies sei insbesondere interessant um die Ideen gegenseitig abzustimmen und gemeinsam Denkansätze zu entwickeln. Hier zeigt sich erneut die Auffassung der Bürger, dass gerade die Kombination der verschiedenen Perspektiven von Bürgern aber auch Politikern und Experten zu einer idealen Synergie führen könne.

Abschließend äußerten sich auch einige Bürger kritisch über das Verhalten mancher Abgeordneten während der Vorstellungen bei der Bürgerkonferenz. Sie berichteten insbesondere von Seitenhieben nach anderen Parteien und Personen. Dies empfanden die Teilnehmer als äußerst unangebracht im Rahmen der Bürgerkonferenz und nicht hilfreich, um Politikverdrossenheit abzubauen.

#### *Rolle von Experten im Prozess*

Wie bereits in Kapitel 5 erwähnt, empfanden die Teilnehmer den Einbezug von Experten bei der zweiten Bürgerwerkstatt weitgehend als positiv. Allerdings gab es diesbezüglich auch einige Kritikpunkte. Zunächst waren viele Teilnehmer nicht zufrieden mit der endgültigen Auswahl der Experten, so empfanden sie beispielsweise die Vertreter von Sportbund und Musikverein als wenig hilfreich und relevant für die besprochenen Themen. In diesem Sinne kritisierten manche Teilnehmer auch die Menge an Experten, die für sie schlicht zu groß war. Dementsprechend wünschten sich manche Teilnehmer eine Optimierung der Auswahl der Experten (beispielsweise durch Abstimmung). Aus organisatorischer Perspektive bemängelten ungefähr ein Viertel der Teilnehmer, dass die Experten nicht hinreichend gebrieft waren und selbst nicht wussten, was ihre Aufgabe bei der Befragung sei.

#### *Öffentlichkeitswirksamkeit des Bürgerdialoges*

Die meisten Teilnehmer berichteten, dass der Bürgerdialog in ihrem direkten Umfeld kaum oder gar nicht bekannt war und auch sie selbst wenig darüber durch Nachrichtenmedien erfuhren. Einige Teilnehmer kritisierten das mit Verweis auf eine potenziell höhere Strahlkraft des Projektes. Sie regten an, die Öffentlichkeit mehr darüber zu informieren und den Dialog stärker direkt zu bewerben um auch die Teilnahmebereitschaft für künftige Dialoge zu erhöhen.

Insbesondere nannten die Teilnehmer in der Hinsicht eine intensivere Kooperation mit den Medien vor Ort (Grenzecho, BRF aber auch Wochenspiegel) sowie die Social Media-Aktivitäten der Abgeordneten und des Parlaments.

## **6 Auswirkungen des Dialogs auf die Teilnehmer**

In der wissenschaftlichen Literatur wird davon ausgegangen, dass Bürgerbeteiligung positive Auswirkungen auf die Einstellungen der Bürger zu politischen Institutionen und Akteuren haben kann (Barber, 1984; Mansbridge, 1983; Pateman, 2012). So gehen einige Wissenschaftler davon aus, dass politische Teilhabe zum einen die Unterstützung des politischen Systems und somit das Legitimitätsverständnis stärken kann, sich zum anderen auch auf die beteiligten Bürger selbst positiv auswirkt. Es wird beispielsweise davon ausgegangen, dass die direkte Beteiligung bei der Entscheidungsfindung nicht nur die Sachkenntnis der Bürger vertieft sondern auch ihr politisches Selbstvertrauen stärken kann. Allerdings gehen diese Wissenschaftler von einer Gesellschaft aus, in der Bürger regelmäßig und in verschiedenen Lebensbereichen (am Arbeitsplatz, in der Freizeit sowie auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems) in die Entscheidungsfindung direkt mit einbezogen werden. Es ist also fraglich ob diese positiven Auswirkungen bereits nach

einem einzigen Bürgerbeteiligungprojekt auftreten können, zumal man davon ausgeht, dass viele politische Einstellungen und Haltungen, wie beispielsweise politisches Vertrauen oder politisches Selbstvertrauen, maßgeblich durch die politische Sozialisation in jungen Jahren geprägt wurden und sich im Regelfall im Laufe des Lebens nur noch geringfügig ändern (Easton, 1965; Easton & Dennis, 1967; Hooghe, 2004).

Wir haben uns dennoch dazu entschlossen, zu untersuchen ob sich bestimmte Einstellungen, Haltungen und Einschätzungen über den Bürgerdialog hinweg verändert haben. Hierzu haben wir dieselben Konzepte zweifach erhoben, nämlich im ersten Fragebogen, der zu Beginn der ersten Bürgerwerkstatt ausgeteilt wurde, sowie im zweiten Fragebogen, welcher nach Abschluss des Bürgerdialogs von den Teilnehmern zu Hause ausgefüllt wurde. Die Ermittlung möglicher Veränderungen beruht allerdings nur auf den Antworten der 18 Teilnehmer, die die Fragebögen auch tatsächlich zwei Mal ausgefüllt haben. Um die Interpretation der Ergebnisse zu erleichtern haben wir alle Skalen umgerechnet, sodass die Antwortkategorien zwischen 0 und 1 liegen.

Darüber hinaus haben wir die Teilnehmer in den qualitativen Interviews gefragt, ob sich ihr Bild von der Politik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft durch den Bürgerdialog verändert hat und welche Auswirkungen der Bürgerdialog auf sie hatte. Auch auf diese Antworten wird im Folgenden kurz eingegangen.

## **6.1 Einstellungen und Haltungen im Zusammenhang mit der Unterstützung des politischen Systems**

Zunächst haben wir die Zufriedenheit mit der „Art und Weise wie die Demokratie in unserem Land funktioniert“ untersucht. Diese Zufriedenheit wird auf einer Skala von 0 „sehr unzufrieden“ bis 1 „sehr zufrieden“ erfasst und ist mit einem Durchschnittswert von 0,5 (N=18) über den Bürgerdialog hinweg stabil geblieben. Auch die Einschätzung wie demokratisch die DG regiert wird (0 „sehr undemokratisch“ bis 1 „sehr demokratisch“) hat sich nicht verändert und liegt sowohl vor als auch nach dem Bürgerdialog durchschnittlich bei etwa 0,6 (N=16). Um das allgemeine politische Vertrauen der Bürger zu ermitteln, erstellten wir einen Index, der das politische Vertrauen in verschiedene Institutionen und Akteure zusammenfasst (Vertrauen in Justiz, Polizei, das föderale Parlament, die föderale Regierung, das Parlament der DG, die Regierung der DG, das Gemeindegremium bestehend aus Bürgermeister und Schöffen, Soziale Bewegungen sowie Politiker). Hier steht 0 für „vertraue überhaupt nicht“, während 1 „vertraue voll und ganz“ widerspiegelt. Auch dieser Index blieb stabil über den Bürgerdialog hinweg. In diesem Zusammenhang kann noch erwähnt werden, dass das Vertrauen in Parlament und Regierung der DG (durchschnittliches Vertrauen in beiden Befragungen: 0,7; N=17) etwas höher liegt als das Vertrauen in das föderale Parlament und die föderale Regierung (durchschnittliches Vertrauen in beiden Befragungen: 0,6; N=17). Die Einstellungen und Haltungen die die Unterstützung des politischen Systems beschreiben, sind also im Verlauf des Bürgerdialogs stabil geblieben, was vor dem Hintergrund der oben erläuterten Stabilität dieser Einstellungen nicht weiter verwunderlich ist.

## **6.2 Persönliche Einstellungen sowie die Einschätzung der Sachkenntnis**

Was die persönlichen Einstellungen der Teilnehmer betrifft, haben wir untersucht, ob sich das politische Interesse der Bürger sowie ihr politisches Selbstbewusstsein über den Bürgerdialog hinweg verändert haben. Politisches Selbstvertrauen ist ein Konzept welches darauf abzielt die Einschätzung der Bürger zu erfassen, ob und wieviel Einfluss sie auf den politischen Prozess nehmen können (Niemi, Craig, & Mattei, 1991). Aus normativer Sicht, ist es sehr wichtig, dass

die Bürger über ein gewisses Maß an politischem Selbstvertrauen verfügen, da man davon ausgeht, dass sie nur dann am politischen Prozess teilhaben können (Valentino, Gregorowicz, & Groenendyk, 2009). In unseren Daten zeigt sich, dass das politische Selbstvertrauen der Teilnehmer über den Dialog hinweg leicht angestiegen ist (von 0,5 auf 0,6; N=16). Zwar handelt es sich hier nicht um einen statistisch signifikanten Anstieg, allerdings ist es bei gültigen Antworten von nur 16 Bürgern auch nicht verwunderlich, dass ein konventionelles Signifikanzniveau ( $p=0,10$ ) knapp verfehlt wurde. Das politische Interesse der Teilnehmer ist, wie bereits in Kapitel 3 erwähnt recht hoch und bleibt über den Bürgerdialog hinweg stabil.

Überdies haben wir die Teilnehmer gefragt wie hoch sie ihren persönlichen Wissenstand zum Thema Kinderbetreuung einschätzen. 1 steht hier für „sehr hoch“, während 0 „sehr niedrig“ bedeutet. Auch diese Einschätzung liegt sowohl vor als auch nach dem Bürgerdialog durchschnittlich unverändert bei 0,7 (N=17).

### **6.3 Lerneffekte aus Sicht der Bürger**

Obgleich die quantitativen Daten nicht auf starke Entwicklungen hinsichtlich Einstellungen, Haltungen und der Wahrnehmung des persönlichen Wissensstandes hinweisen, berichteten uns die Teilnehmer in den Interviews von unterschiedlichen Lerneffekten, die sie bei sich feststellen konnten.

Mehr als die Hälfte der befragten Teilnehmer berichtete uns von Lerneffekten was die Sachkenntnis betrifft. Darüber hinaus berichteten viele, dass sie es als bereichernd empfunden haben die Perspektiven von Mitbürgern in unterschiedlichen Lebenssituation kennen zu lernen. Auch in dieser Hinsicht sprachen viele Teilnehmer von einer „Horizontenerweiterung“.

Abgesehen davon, wurde uns von etwa der Hälfte aller Befragten von politischen Lerneffekten berichtet. Diese beziehen sich einerseits auf den Einblick, den die Bürger ins politische System erhalten haben, zum anderen aber auch auf das Treffen kollektiver Entscheidungen, welches sich für viele Teilnehmer als deutlich komplexer herausgestellt hat, als ursprünglich angenommen. So wurde uns beispielsweise berichtet, dass im Vorhinein untereschätzt wurde, wie viele verschiedene Perspektiven in den Entscheidungsprozess einbezogen werden müssen und wie viele mögliche Konsequenzen es beim Treffen der Entscheidungen zu berücksichtigen gilt.

Auch was das Bild des Parlament bzw. der Politik in der DG betrifft scheinen sich beim einen oder anderen Teilnehmer Veränderungen ins Positive ergeben zu haben. Viele Teilnehmer begründeten dies damit, dass sie das Gefühl hatten von Seiten der Politik ernst genommen zu werden und den Politikern „auf Augenhöhe“ begegnet zu sein. Viele hatten das Gefühl, dass die Politiker bereit sind auf sie, die Bürger, zuzugehen und, dass sich die Politiker ehrlich für ihre Ansichten interessierten. Einige Teilnehmer äußerten in diesem Zusammenhang die Vermutung, dass diese Art von Dialog das Verhältnis zwischen Politikern und Bürgern langfristig verbessern könnte, da es als offener wahrgenommen wird und weil sich die Bürger so besser mit dem identifizieren können, was im Parlament entschieden wird.

## **7 Limitationen der Methodik**

Bei jeder wissenschaftlichen Studie gibt es Einschränkungen zur Aussagekraft der erhobenen Daten, die transparent kommuniziert werden sollten. Bei Evaluationen von Prozessen mit kleinen Teilnehmerzahlen wie dem Bürgerdialog ergeben sich zwangsläufig sehr kleine Stichproben. Daher kann eine statistische Auswertung ausschließlich deskriptive Aussagen treffen. Statistisch

signifikante Effekte zu finden, die man auf die Gesamtbevölkerung generalisieren könnte, ist hierbei rein mathematisch quasi unmöglich. Dies bedeutet aber auch, dass die Abwesenheit solcher Effekte in unserer Analyse nicht als Schwäche des Dialogs interpretiert werden sollte.

Außerdem muss auf die Zusammensetzung des von uns untersuchten Samples eingegangen werden. Nicht alle Bürger, die in irgendeiner Art und Weise mit dem Bürgerdialog in Kontakt traten, konnten durch unsere Datenerhebung erfasst werden. Dies betrifft insbesondere zwei Gruppen von Bürgern: Diejenigen, die nach der ersten Bürgerwerkstatt nicht weiter an dem Bürgerdialog teilnahmen, sowie die Bürger, die uns den Fragebogen nicht zurücksendeten und uns auch nicht für einen Interviewtermin zur Verfügung standen. Es ist durchaus möglich, dass diese Bürger (auch wenn es sich zahlenmäßig um eine kleine Gruppe handelt) ein negativeres Bild vom Bürgerdialog haben, als das hier dokumentierte. Dennoch konnten wir durch Beobachtungen und Gespräche mit einigen der nicht erfassten Teilnehmer sowohl deren Eindruck vom Prozess sowie Gründe für deren Nicht-Teilnahme an weiteren Terminen oder unserer Erhebung in Erfahrung bringen. Keiner von diesen Teilnehmer äußerte sich grundsätzlich negativ über den Bürgerdialog und es wurden vor allem organisatorische Gründe für die Nicht-Teilnahme genannt (keine Zeit an den folgenden Terminen, Krankheit, keine Verfügbarkeit für Interviews innerhalb unseres Erhebungszeitraums). Insofern können wir eine negative Bewertung des Dialoges durch diese Bürger zwar nicht ausschließen, halten es aber für unwahrscheinlich. Zudem möchten wir betonen, dass wir durchaus auch mit sehr kritischen Teilnehmern intensive Interviews geführt haben und selbst diese Bürger bereit wären, an Folgedialogen teilzunehmen.

## 8 Empfehlungen und Schlussfolgerungen

Unser Eindruck nach der Teilnahme an den Bürgerwerkstätten und der Bürgerkonferenz deckt sich Großteils mit der Bewertung der Bürger, die wir in diesem Bericht darstellten. Insgesamt ist der Bürgerdialog sehr gut verlaufen, sowohl bezüglich der Organisation, Moderation, zeitlicher und räumlicher Einteilung sowie dem Engagement der Teilnehmer.

Um unsere Bewertung zusammenzufassen nutzen wir ein Evaluationsraster basierend auf Geissel (2013) das zur Evaluation von demokratischen Innovationen entwickelt wurde. Hierbei wird in vier verschiedene Aspekte unterschieden, *Input und Legitimität; Throughput und Prozess; Output, Ergebnisse und Effektivität* sowie *Weiterbildung der Bürger*.

Wie bereits dargelegt schneidet der Bürgerdialog Kinderbetreuung in nahezu allen Kategorien sehr gut ab.

An dieser Stelle möchten wir auch die Lektüre des Berichts von Christoph Niessen (Universität Neu-Löwen) empfehlen, der aufbauend auf seinen Beobachtungen des zweiten Prozesstages eine ähnliche Übersicht erstellte und zu ähnlichen Befunden kommt.



<b>Input und Legitimität</b>		
Responsivität	++	Responsivität war gegeben durch die Präsenz von Politikern während des Dialoges und der Auseinandersetzung mit der vorgestellten Bürgeragenda.
Inklusive Partizipation	+	Einige Probleme entstanden bei der Zusammensetzung einer heterogenen Teilnehmergruppe in Bezug auf das Alter sowie das Geschlecht der Teilnehmer. Allerdings waren andere Merkmale wie Bildung breit gestreut. Während des Prozesses selbst konnten sich alle Teilnehmer zwanglos und konstruktiv in die Debatte einbringen und Ihre Meinungen und Argumente vorbringen.
Wahrgenommene Prozesslegitimität	++	Die Prozesslegitimität wurde als sehr hoch wahrgenommen. Dies zeigte sich in der Zufriedenheit mit dem Dialog sowie der Bereitschaft die Bürgeragenda zu akzeptieren und sie gegenüber Familie und Freunden zu verteidigen.
<b>Throughput und Prozess</b>		
Transparenz und Zugang zu Informationen	+	Der Zugang zu Informationen erfolgte peu à peu während des Prozesses, beispielsweise durch Verteilung des Masterplans und die Befragung von Experten. Die Herkunft der Informationen war stets transparent.
Deliberative Qualität	++	Die Qualität der Diskussionen war allgemein hoch: Die Teilnehmer erarbeiteten selbst Richtlinien für den Verlauf der gemeinsamen Diskussion die stark mit den theoretischen Merkmalen deliberativer Debatten übereinstimmten (gegenseitiger Respekt, Offenheit für neue Argumente, Inklusion aller Meinungen) (Strandberg, Himmelroos, & Grönlund, forthcoming.). Auch in der Diskussionspraxis wurde dies zumindest im Forum weitestgehend beherzigt.
<b>Output, Ergebnisse und Effektivität</b>		
Identifizierung gemeinsamer Ziele	++	Dies wurde erfolgreich umgesetzt durch die gemeinsame Erstellung der Bürgeragenda und grundsätzliche Ziele der Bürger zum Thema Kindeswohl.
Einfluss auf Debatten und politische Entscheidungsprozesse	n. a.	Dieser Punkt bleibt noch zu evaluieren, da der Bürgerdialog zu kurz zurück liegt. Hier wird vor allem die erneute Einberufung einer Bürgerkonferenz nach einem Jahr von Relevanz sein.
<b>Weiterbildung von Bürgern</b>		
Sachliche Lerneffekte	++	Laut eigenen Angaben hat sich der Wissensstand der Bürger zum Thema Kinderbetreuung in der Tat erhöht, dies hing jedoch vom jeweiligen Wissensstand der einzelnen Personen ab (galt weniger für Bürger, die selbst auf dem Gebiet berufstätig sind)
Demokratische Lerneffekte	+	Wie sowohl die quantitativen als auch die qualitativen Analysen gezeigt haben, haben Bürger vor allem eine Stärkung ihres politischen Selbstvertrauens erfahren, die als zentrale Eigenschaft aktiver Bürger gilt (siehe Kapitel 6.2). Des Weiteren konnte eine positive Veränderung des Bildes von der Politik in der DG beobachtet werden. Tiefereffekte auf das Vertrauen in die Politik konnten allerdings nicht festgestellt werden.

Im Folgenden möchten wir zudem noch praktische Überlegungen anstellen, die vor allem für die Weiterentwicklung des Modells hilfreich sein können.

## 8.1 Rekrutierung

Das größte Problem bei dem durchgeführten Prozess sehen wir in der Tat bei der Rekrutierung der Teilnehmer. Die relevante und aus unserer Sicht noch nicht geklärte Frage ist dabei, welches Ziel der Bürgerdialog selbst und anschließend auch die Rekrutierung erfüllen soll. Wir sehen hier zwei grundsätzliche Ausrichtungen, die im aktuellen Dialog miteinander kombiniert wurden.

### *Bürger als Experten*

Erstens, kann ein Bürgerdialog organisiert werden mit dem Ziel, die spezielle Expertise der Bürger einzuholen. Hierbei liegt der Fokus also auf den Erfahrungswerten der Bürger als Betroffene, bei dem aktuellen Thema also beispielsweise Tagesmütter oder Eltern. Das bedeutet auch, dass das relevanteste Ergebnis des Dialoges die tatsächlichen erarbeiteten Vorschläge und Argumente der Bürger sind – der Fokus liegt auf dem Output der Bürgerbeteiligung. Dies ist sinnvoll um die bestehenden Perspektiven der Politiker zu erweitern und kann die Qualität politischer Entscheidungen verbessern. Bürger werden in erster Linie als „Stakeholder“ betrachtet. Aus diesem Ansatz folgt auch eine dementsprechende Maxime für die Rekrutierung: Vor allem persönliche Betroffenheit ist das Hauptaugenmerk wohingegen die Repräsentativität der Gruppe in Bezug auf die Gesamtbevölkerung weniger relevant ist.

### *Bürger als Repräsentanten*

Zweitens, kann das Ziel auch der Prozess der Einbeziehung von Bürgern selbst sein. Hierbei handelt es sich um eine Ausrichtung der Ziele auf die Effekte auf die Bürger und die empfundene Legitimität der Politik. Hier verfolgt man eher das abstrakte Ziel, „die Bürger“ stärker in die Politik einzubeziehen und langfristig das Verhältnis zwischen politischem System und seinem Demos zu verbessern. Die wichtigsten Ergebnisse des Dialoges sind hierbei Effekte auf die Teilnehmer selbst (Abbau von Politikverdrossenheit, Gewinn von Vertrauen und Zufriedenheit, Gewinn von politischem Selbstvertrauen) sowie eventuelle Effekte auf die Öffentlichkeit (sog. Upscaling). Dieser Ansatz entspricht vor allem Modellen wie den deliberative polls (Fishkin, 2009) oder citizen assemblies wie beispielsweise in Irland (Smith, 2009). Für die Rekrutierung relevant ist dabei vor allem eine breite, möglichst weit gestreute Akquise um eine möglichst heterogene Gruppe an Bürgern zu erreichen, die nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wurde. Persönliche Betroffenheit sollte dabei keine Rolle bei der Auswahl der Bürger spielen und self-selection (dass Bürger durch ihre eigenen Entscheidungen, teilzunehmen stark die Zusammensetzung der Gruppe bestimmen) sollte vermieden werden.

Je nachdem, welches Ziel angestrebt wird, ergeben sich also auch unterschiedliche Ratschläge für die Rekrutierung. Während es im ersten Fall durchaus vorstellbar wäre, eventuelle Aufrufe zu starten um spezielle Gruppen zu erreichen (Beispiel Krankenschwester: Aushänge in Krankenhäusern), steht dies nicht im Einklang mit dem Prinzip der Zufallsauswahl und wäre im zweiten Fall also ungeeignet.

Wir wollen in unseren Empfehlungen vor allem auf die Rekrutierung einer möglichst repräsentativen Teilnehmergruppe eingehen. Prinzipiell ist insbesondere die Altersstruktur kein seltenes Problem in der Akquise von Teilnehmern in Partizipationsprojekten, da vor allem ältere Bürger Zeit und Muße haben, an solchen Projekten teilzunehmen (Smith, 2009).

Als Alternative zur angewandten einfachen Zufallsauswahl empfehlen wir daher die Verwendung von stratifizierten Zufallsauswahlverfahren. Hierbei kann vorab festgelegt werden, welche Merkmale zu welchem Maße in der Stichprobe vorhanden sein sollen (beispielsweise Geschlecht, Alter, Bildung, Ethnizität). Hieraus ergeben sich mehrere kleine Gruppierungen potentieller Teilnehmer innerhalb derer Bürger zufällig ausgewählt werden (de Leeuw, Hox, & Dillman, 2008). So kann man garantieren, dass nicht eine Gruppe stark über- oder unterrepräsentiert wird, wie es im aktuellen Bürgerdialog vorlag: Ältere, weibliche Teilnehmer dominierten stark das Gruppenbild. Es ist dann allerdings gut möglich, dass für manche Gruppen ein verstärkter Rekrutierungsaufwand nötig ist und diese vielleicht über andere Kanäle erreicht werden müssen.

Hier sehen wir in der Tat den Kanal des Festnetztelefons als problematisch an, da erstens viele jungen Menschen über keinen solchen Anschluss verfügen und zweitens seltener damit zu erreichen sind. Wir würden eher eine Stichprobenauswahl über das Melderegister vorschlagen und dementsprechend eine Kontaktierung via Post. Da bei dieser Art der Rekrutierung die Rücklaufquote erfahrungsgemäß gering ist, sollten vorab mehrere Erinnerungsbriefe eingeplant werden. Besonders wichtig bei Anschreiben dieser Art ist die sofortige Erkennbarkeit, dass es sich dabei um einen wichtigen Brief vom Parlament der DG handelt. Des Weiteren sollte das Anschreiben ansprechend und verbindlich formuliert werden und sofort deutlich machen, dass der/die BürgerIn persönlich ausgewählt wurde. Selbst Details können hierbei eine große Rolle spielen, beispielsweise die Unterschrift per Hand des Parlamentspräsidenten. Zu weiteren Ratschlägen bezüglich des Anschreibens verweisen wir auf die einschlägige Forschungsliteratur zum Thema Befragungen und Sampling (z. Bsp. de Leeuw et al., 2008; Dillman, Smyth, & Christian, 2009).

Falls dennoch auch auf Anrufe per Telefon zurückgegriffen werden sollte, würden wir empfehlen, dies nicht nach Bamberg auszulagern sondern direkt vom Parlament aus zu organisieren (falls Zeit und Arbeitskraft vorhanden sind). Man könnte auch erwägen, die Auswahl per Melderegister mit der Kontaktaufnahme per Telefon zu kombinieren, also diejenigen für die man eine Telefonnummer findet per Telefon zu kontaktieren und denjenigen, die keine zugängliche Telefonnummer haben, einen Brief zu schreiben.

## **8.2 Öffentlichkeitswahrnehmung**

Eine besondere Herausforderung bei der Durchführung von Bürgerbeteiligungsprojekten dieser Art stellt die Bekanntmachung des Prozesses an die breite Öffentlichkeit dar. Insbesondere, da bei einem Bürgerdialog per Definition nur wenige Bürger teilnehmen können, ist das sogenannte Upscaling relevant, falls auch Effekte für die Gesellschaft als Ganzes erzielt werden sollen. Zudem erleichtert eine breitere Wahrnehmung des Projektes die Rekrutierung. Hier sehen wir auf Grund der Äußerungen der Teilnehmer durchaus Verbesserungsbedarf. Zum einen besteht die Möglichkeit, relevante Medien verstärkt einzubeziehen. Zum anderen können auch in Eigenregie Kampagnen aufgesetzt werden, die allerdings weitere Kosten hinzufügen. Zuletzt bestehen auch Möglichkeiten, mehr Bürgern zur Beteiligung in verschiedenen Phasen zu geben, beispielsweise eine Umfrage vorab zur Identifikation eines Themas.

## **8.3 Bereitstellung von Informationen**

In Bezug auf die Bereitstellung von Informationen vorab teilen wir die Bedenken der Organisatoren, dass zu viel Information vorab abschreckend auf die Teilnehmer wirken könnte. Allerdings nehmen wir durchaus die Anmerkungen der Teilnehmer ernst, dass es in der kurzen Zeit während des Dialoges nicht möglich ist, sich mit allen Informationen eingehend zu befassen.

Zum einen sehen wir hier das Dilemma eines Trade-offs zwischen Offenheit des Dialoges und zeitlicher Kompaktheit. Es ist durchaus möglich, Bürger frei diskutieren zu lassen und sich Themen und Schwerpunkte völlig frei erarbeiten zu lassen. Andererseits muss dafür mehr Zeit zur Verfügung stehen und somit auch die Nachteile durch geringere Verfügbarkeit von Teilnehmern und eventuelles Nichterscheinen in Kauf genommen werden.

Wenn es bei den gegebenen drei Terminen bleiben soll, wäre es hilfreich, einen etwas konkreteren Rahmen vorzugeben innerhalb dessen die Teilnehmer diskutieren können.

Zudem könnte es nützlich sein, eine Plattform einzurichten, auf der die Informationen des Bürgerdialogs gebündelt werden und jederzeit für die Teilnehmer aber auch für andere interessierte Bürger verfügbar sind (beispielsweise eine Unterwebsite der Parlamentswebsite). Diese Informationen können dann auch vor Beginn der ersten Bürgerwerkstatt bereits dort zugänglich sein, sodass sich die Bürger die möchten, mit dem Thema auseinandersetzen können.

## **8.4 Räumlichkeiten**

Obwohl einige Teilnehmer darlegten, man solle von Anfang an in kleinere, diskussionsfreundlichere Räume umziehen, empfehlen wir dennoch zumindest die Begrüßungsrunde und die Einführung ins jeweilige Thema im Plenarsaal durchzuführen. Der erste Eindruck und die ersten Interaktionen bestimmen oft den Ton für den weiteren Verlauf des Projektes und der Plenarsaal signalisiert Ernsthaftigkeit und Wertschätzung der Teilnehmer. Im Anschluss allerdings kann es durchaus nützlich sein, in andere Räumlichkeiten umzuziehen, die sich mehr für die Arbeit in Kleingruppen eignen.

## **8.5 Zeitliche Einteilung**

Prinzipiell besteht auch hier ein Trade-off zwischen der Qualität des Bürgerdialogs (durch eine höhere Anzahl an Terminen) und der Bereitschaft und Möglichkeit für die Bürger, an einem solchen Projekt teilzunehmen. Sollte ein weiterer Bürgerdialog mit einem ähnlich offenen Gestaltungsrahmen durchgeführt werden, halten wir es durchaus für möglich, eine weitere Bürgerwerkstatt hinzuzufügen. Somit gäbe es drei Bürgerwerkstätten und eine Bürgerkonferenz. Auf Basis der Interviews mit den Teilnehmern sowie unserer Beobachtung könnte ein solcher weiterer Termin den zeitweise entstandenen Stress und Zeitdruck auflösen und zu einer besser entwickelten Bürgeragenda führen. Allerdings gibt es hierbei auch weitere externe Faktoren, wie beispielsweise weitere Kosten, die auch mit berücksichtigt werden müssten.

## **8.6 Schlusswort**

Auf Basis der Daten die wir im Laufe des Bürgerdialoges sowohl durch standardisierte Befragung als auch durch qualitative Interviews erhoben sowie unserer Beobachtungen während des Prozesses kommen wir insgesamt zu einer sehr positiven Evaluation des Bürgerdialoges. Die epistemische Qualität der Diskussionen, das erarbeitete Ergebnis sowie die Zufriedenheit der Teilnehmer mit dem Prozess sprechen hier für eine gelungene Organisation und Durchführung. Das angewandte Modell nach dem Vorbild der Konsensuskonferenz halten wir auf Basis der Evaluation durchaus für ein Erfolgskonzept für Bürgerdialoge in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Dementsprechend sind unsere Empfehlungen auch nicht als schwerwiegende Kritik sondern primär als Möglichkeiten des Feinschliffes aufzufassen.

Bei Fragen und Anregungen zu den Aussagen und der Erstellung des Berichts, wenden Sie sich bitte an:

Anna Kern ([anna.kern@ugent.be](mailto:anna.kern@ugent.be))

Hannah Werner ([hannah.werner@kuleuven.be](mailto:hannah.werner@kuleuven.be))

## Literatur

- Barber, B. (1984). *Strong Democracy. Participatory Politics For A New Age*. Berkeley: University of California Press.
- Dalton, R. J., Burklin, W. P., & Drummond, A. (2001). Public Opinion and Direct Democracy. *Journal of Democracy*, 12(4), 141–153.
- de Leeuw, E. D., Hox, J. J., & Dillman, D. A. (Eds.). (2008). *International handbook of survey methodology*. New York, London: Lawrence Erlbaum Associates.
- Dillman, D. A., Smyth, J. D., & Christian, L. M. (2009). *Internet, Mail and Mixed Mode Surveys. The Tailored Design Method*. Hoboken: John Wiley & Sons.
- Easton, D. (1965). *A Framework for Political Analysis*. Englewood Cliffs: Prentice Hall.
- Easton, D., & Dennis, J. (1967). The Child'S Acquisition of Regime Norms: Political Efficacy. *American Political Science Review*, 61(1), 25–38.
- Fishkin, J. S. (2009). *When the people speak: deliberative democracy and public consultation. When the people speak : deliberative democracy and public consultation*. Oxford: Oxford University Press.
- Geissel, B. (2013). Introduction: On the Evaluation of Participatory Innovations. In B. Geissel & M. Joas (Eds.), *Participatory Democracy in Europe: Improving the Quality of Democracy* (pp. 9–32). Opladen: Barbara Budrich Publishers.
- Hooghe, M. (2004). Political Socialization and the Future of Politics. *Acta Politica*, 39, 331–341.
- Mansbridge, J. (1983). *Beyond Adversary Democracy*. Chicago: University of Chicago Press.
- Niemi, R. G., Craig, S. C., & Mattei, F. (1991). Measuring Internal Political Efficacy in the 1988 National Election Study. *American Political Science Review*, 85(4), 1407–1413.
- Pateman, C. (2012). Participatory Democracy Revisited. *Perspectives on Politics*, 10(1), 7–19.
- Smith, G. (2009). *Democratic innovations: designing institutions for citizen participation*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Strandberg, K., Himmelroos, S., & Grönlund, K. (forthcoming). Do discussions in like-minded groups necessarily lead to more extreme opinions? Deliberative democracy and group polarization. *International Political Science Review*.
- Valentino, N. A., Gregorowicz, K., & Groenendyk, E. W. (2009). Efficacy, Emotions and the Habit of Participation. *Political Behavior*, 31(3), 307–330.





CENTRUM VOOR POLITICOLOGIE  
Parkstraat 45 bus 3602  
3000 LEUVEN, België  
phone + 32 16 32 32 50  
politicologie@kuleuven.be

<https://soc.kuleuven.be/centrum-voor-politicologie>